

7. Sitzung Gemeinderat (2010-2014)

| | |
|------------------------|---|
| Datum, Zeit: | Montag, 9. Mai 2011, 19.00 Uhr |
| Ort: | Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt |
| Vorsitz: | Patric Crivelli (SVP), Gemeinderatspräsident Amtsjahr 2010/11 (bis 12.1) Rolf Biggel (FDP), Gemeinderatspräsident Amtsjahr 2011/12 (ab 12.2) |
| Anwesend: | 37 Ratsmitglieder |
| Entschuldigt abwesend: | Hermann Grünenfelder, Peter Jann, Dominik Müller Hans Zeier (SR) |
| Protokoll: | Marcel Amhof, Gemeinderatssekretär |
| Stimmzähler: | Jacqueline Hofer: SVP Barbara Schori: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Benedikt Stockmann: GEU/glp und SP/Juso/GP |
| Weibeldienst: | Leopoldo Putorti |

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 6. Sitzung vom 4. April 2011
3. Interpellation Reto Heeb (CVP) und 3 Mitunterzeichnende „Standortförderung“ / Beantwortung
Geschäft Nr. 30/2010
4. Postulat Matthias Maag (EVP) „Realisierung von Wasserwirbelkraftwerken“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 55/2011
5. Dringliche Interpellation Andrea Kennel (SP) und 9 Mitunterzeichnende „Stand der Umsetzung der Veloinitiative“ / Begründung
Geschäft Nr. 58/2011
6. Postulat Peter Jann (GP) und 5 Mitunterzeichnende „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Dübendorf“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 59/2011
7. Bruttokredit von 1'037'058.00 Franken für die Ergänzungsbeschaffung von Schulinformatikmittel für die Primarschule / Genehmigung
Geschäft Nr. 52/2011
8. Ersatzwahl eines Mitglieds der GRPK (Austritt Reto Steiner)
Geschäft Nr. 60/2011



9. Ersatzwahl eines Mitglieds der BRK (Austritt Charlotte Meyer)
Geschäft Nr. 61/2011
10. Ersatzwahl eines Mitglieds der BRK (Austritt Patrick Schnider)
Geschäft Nr. 64/2011
11. Elf Bürgerrechtsgesuche
- 11.1. Ibanez Gonzalez Luis und Curiel Salaman Rosa, mexikanische Staatsangehörige, Neugutstrasse 55, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 37/2010
- 11.2. Kössl Martin Stefan, österreichischer Staatsangehöriger, Zwinggartenstrasse 59, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 38/2010
- 11.3. Lotzmann Jürgen, deutscher Staatsangehöriger, Wasserfurrenstrasse 15, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 39/2010
- 11.4. Radovic Goran und Daliborka sowie die Kinder Milica und Jelena, serbische Staatsangehörige, Hurdackerstrasse 40, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 40/2010
- 11.5. Dauti Isa, mazedonischer Staatsangehöriger, Überlandstrasse 197, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 41/2010
- 11.6. Destro Emanuele, italienischer Staatsangehöriger, und Destro Peggy, deutsche Staatsangehörige, sowie das Kind Giulia, deutsche Staatsangehörige, Zwinggartenstrasse 57, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 42/2010
- 11.7. Herceg Ivo und Zdenka sowie die Kinder Ines und Ivan, kroatische Staatsangehörige, Heugatterstrasse 22a, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 43/2010
- 11.8. Bekiri Jonus sowie die Kinder Blerta und Jonila, mazedonische Staatsangehörige, In Huebwiesen 12, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 45/2011
- 11.9. Cherella Ernesto, italienischer Staatsangehöriger, Heugatterstrasse 31, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 46/2011
- 11.10. Lleshaj Linda sowie die Kinder Alissa und Noël Gasper, kosovarische Staatsangehörige, Im Grund 3, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 47/2011
- 11.11. Loureiro Martins Antonie Emanuel, portugiesischer Staatsangehöriger, und Loureiro Martins Phiangruthai, thailändische Staatsangehörige, sowie das Kind Loureiro Martins Raphael Chanon, portugiesischer Staatsangehöriger, Zürichstrasse 37, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 48/2011
12. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2011/12
- 12.1. Wahl des Präsidenten des Gemeinderates
- 12.2. Wahl des 1. Vizepräsidenten des Gemeinderates
- 12.3. Wahl des 2. Vizepräsidenten des Gemeinderates
- 12.4. Wahl der drei Stimmenzähler



1. Mitteilungen

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Gemeinderatspräsident Patric Crivelli (SVP) begrüsst alle Anwesenden und macht die folgenden Mitteilungen.

Tod von Alt-Gemeinderat Fritz Ott

Am 9. April 2011 verstarb der ehemalige Gemeinderat Fritz Ott. Der Verstorbene war von 1990 bis im Jahr 2002 Mitglied des Rates. Die Anwesenden erheben sich im Gedenken an den Verstorbenen.

Neue Geschäfte seit der letzten Gemeinderatssitzung

- Vier Bürgerrechtsgesuche, der BRK zur Antragstellung überwiesen
- Neu eingereichte Parlamentarische Vorstösse:
 - Schriftliche Anfrage Hans Baumann (SP) „Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit“
Die Schriftliche Anfrage wurde dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.
 - Postulat Hans Baumann (SP) und Patrick Walder (SVP) „Budgetierung der Steuereinnahmen“
Das Postulat wird durch das Büro des Gemeinderates formell geprüft bevor der Gemeinderat über die Überweisung an den Stadtrat entscheidet.
- Der Stadtrat hat die Schriftliche Anfrage von Thomas Maier (GEU/glp) „Situation rund um den neuen Bahnhof Stettbach“ beantwortet.

Pendenzen Fragestunde

Der Stadtrat hat die noch offenen Fragen aus der Fragestunde vom 4. April 2011 beantwortet. Die Antworten liegen in schriftlicher Form auf und werden im Protokoll aufgenommen.

Max Senn (SP): „Kostengutsprache“

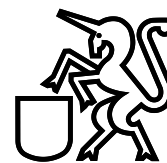
„In letzter Zeit ist es vorgekommen, dass keine Pflegeplätze im ASZ Dübendorf vorhanden waren und Menschen fremdplatziert werden mussten. Wie viele Kostengutsprachen wurde durch die Stadt Dübendorf in den letzten fünf Jahren gesprochen und wie hoch waren die Beträge?“

Antwort Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Er antwortete in Stellvertretung des Sozialvorstandes Kurt Spillmann. Über die gefragten Zahlen verfüge er nicht an dieser Sitzung, die Zahlen werden aber vor der nächsten Gemeinderatssitzung dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt.

Ergänzung Stadtrat (schriftlich eingereicht):

In den letzten fünf Jahren wurden für den Aufenthalt von Personen in auswärtigen stationären Institutionen keine Kostengutsprachen erteilt. Die Finanzierung von Heimplätzen wurde vollumfänglich über die Zusatzleistungen zur AHV/IV abgedeckt. Erst mit dem neuen Pflegefinanzierungsgesetz wurde per 1. Januar 2011 die anteilmässige Pflegekostenübernahme von Heimbewohnern durch die Gemeinde (ASZD sowie alle anderen Heime) eingeführt. Seit anfangs Jahr wurden bisher fünf Kostengutsprachen für den Aufenthalt von pflegebedürftigen Personen in auswärtigen Heimen erteilt.



Hans Baumann (SP): „Pauschalsteuer“

„Per Ende letzten Jahres wurde die Pauschalsteuer für Ausländer im Kanton abgeschafft. Der Kanton wird gemäss Berechnungen wahrscheinlich von dieser Neuerung profitieren, da die Mehreinnahmen grösser sind als die Steuerausfälle durch Wegzug.

Fragen:

1. Gab es in Dübendorf einen oder mehrere solcher Pauschalsteuerzahler?
2. Wenn ja, sind Steuerausfälle (durch Wegzug) oder Mehreinnahmen zu erwarten?“

Antwort Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Er antworte in Stellvertretung des Finanzvorstandes Martin Bäumle. Er habe persönlich keine Kenntnis von Pauschalsteuerzahlern, werde diese aber noch abklären und die Ergebnisse vor der nächsten Gemeinderatssitzung dem Gemeinderat zur Verfügung stellen.

Ergänzung Stadtrat (schriftlich eingereicht):

In Dübendorf gab es keine pauschal besteuerten Personen.

Lena Lademann (SP): „Amphibien-Problem“

Seit der Sanierung der Oberen Geerenstrasse überquerten Amphibien auf dem Weg zu ihrem Laichplatz diese Strasse. Viele der Amphibien würden dabei überfahren. Was gedenke der Stadtrat zu tun, damit sich eine solche Situation nicht wiederhole?

Antwort Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP):

Das Problem der Strassenüberquerung sei für Dübendorf neu, und man sei daran, erweiterte Abklärungen zu treffen. Eine Sperrung wie bei anderen Strassen wie z.B. im Eigental sei aufgrund des Anwohnerverkehrs nicht möglich. Er werde vor der nächsten Gemeinderatssitzung eine fundierte Antwort auf dieser Frage geben können.

Ergänzung Stadtrat (schriftlich eingereicht):

Die Abteilung Sicherheit ist in Kontakt mit der Naturschutzbeauftragten sowie mit dem Naturschutzverein. Am 10. Mai 2011 wird eine Koordinationssitzung stattfinden, an der folgende Themen besprochen werden:

- Vorgeschichte: Abklärungen/Massnahmen aus Ausbau Ratzehaldebach
- Absprachen zwischen Naturschutz und Unterhalt
- Standortbestimmung; neue Situation betr. Amphibienwanderung im 2011 / Umfeld neues Biotop der Anwohnerschaft
- Organisation/Verantwortung
- Massnahmen für 2012
- Aufträge / Zuständigkeiten

Rücktritt Erika Attinger (GEU/glp)

Erika Attinger hat beim Bezirksrat per 31. Mai 2011 ihren Rücktritt aus dem Gemeinderat eingereicht. Erika Attinger ist seit 1992 Mitglied des Gemeinderates. Patric Crivelli bedankt sich bei Erika Attinger



für Ihren Einsatz im Parlament während all dieser Jahre. Die offizielle Verdankung durch den Stadtrat erfolge zu Beginn der nächsten Legislaturperiode. Der Stadtrat werde zudem für den durch den Rücktritt vakanten Sitz die Nachfolge bezeichnen.

2. Protokoll der 6. Sitzung vom 4. April 2011

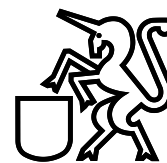
Zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 4. April 2011 sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Interpellation Reto Heeb (CVP) und 3 Mitunterzeichnende „Standortförderung“ / Beantwortung Geschäft Nr. 30/2010

Stellungnahme Reto Heeb (CVP):

„In der Interpellation 30/2010 wurde der Stadtrat über Massnahmen im Bereich der Standortförderung für die Stadt Dübendorf angefragt. Der Stadtrat wurde in der Interpellation zur Standortförderung gebeten, vor allem Fragen in Bezug auf den Nutzen einer Standortförderung im Netzwerk glow.das Glattal zu beantworten. Im Netzwerk glow.das Glattal wird heute die Stelle des Standortförderers für alle acht beteiligten Gemeinden mit einem Pensum von 40 Prozent abgedeckt. Unumstritten werden in der Bevölkerung, der Politik und den Medien immer wieder die grossen Vorteile der Stadt Dübendorf betont. So landet die Stadt Dübendorf im Städteranking 2010 der ‚Bilanz‘ von 123 Städten mit über 10'000 Einwohner auf dem hervorragenden 6. Platz. Im Gemeinderanking 2010 der ‚Weltwoche‘ von 842 Schweizer Gemeinden auf dem 62. Rang. Ohne Überheblichkeit dürfen diese Resultate sicher auch ein wenig stolz machen. Wie man dem Gemeinderanking entnehmen kann, liegt die Stadt Dübendorf aber bei der Kategorie Arbeitsmarkt auf dem Mittelfeldplatz 209. Den ausführlichen Antworten des Stadtrates kann entnommen werden, dass die Standortförderung nicht explizit auf die einzelnen Gemeinden aufgeteilt ist, um gemeinsam die glow-Gemeinden zu fördern. Zudem wurde in der Beantwortung die grosse Anzahl von Tätigkeiten des Netzwerkes glow.das Glattal und die Legislaturziele festgehalten. Als Leistungsausweis für das Netzwerk glow.das Glattal wurde auf die jährlich 1500 bis 2000 neu geschaffenen Arbeitsplätzen verwiesen. Für uns bleiben folgende Fragen unbeantwortet: Entstehen durch die Arbeit des Standortförderers wirklich neue Arbeitsplätze in den glow-Gemeinden, oder partizipiert das Glattal ohne Einflussnahme direkt an den Erfolgen der Stadt Zürich und der optimalen Lage im grossen Wirtschaftsraum Zürich? Durch welche Personen werden die in der Beantwortung der Interpellation aufgeführten Tätigkeiten ausgeführt? Stehen diesen Personen auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung um eine stetige Einflussnahme in diesen Gremien auszuüben? In den Legislaturzielen wird für die städtische Standortförderung eine städtische Anlaufstelle angesprochen. Steht diese Anlaufstelle heute schon zur Verfügung oder wird diese innerhalb der Legislatur neu geschaffen? Gemäss den Antworten auf die Interpellation wird der Verein glow.das Glattal auf Ende 2011 neu organisiert. Unter anderem sollen neu auch Unternehmens- und Verbandvertreter eine aktive Rolle erhalten. Ebenfalls werden in diesem Zusammenhang deren personellen Ressourcen überprüft. Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation.“

Die Interpellation 30/2010 ist damit gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates, Art. 51 Ziff. 5 abschliessend behandelt und abgeschrieben.



4. Postulat Matthias Maag (EVP) „Realisierung von Wasserwirbelkraftwerken“ / Begründung und Überweisung Geschäft Nr. 55/2011

Begründung Matthias Maag (EVP):

„Seit der Havarie in Fukushima wird in der Schweizer Politlandschaft heftig über den Ausstieg aus der Atomenergie debattiert. Die Art und Weise wie dieser Ausstieg stattfinden sollte wird noch lange Gegenstand politischer Diskussionen sein. Doch es ist sicher allen klar, dass eine vermehrte Nutzung von Alternativenergien den Atomstrom ersetzen muss. Eine solche Alternative steht seit gut einem Jahr in der aargauischen Gemeinde in Schöttland. Das von der Genossenschaft Wasserwirbelkraftwerke – kurz GWWK – betriebene Wasserwirbelkraftwerk erhielt den ‚Watt d’Or 2011‘ eine Auszeichnung für Bestleistungen im Energiebereich des Bundesamtes für Energie. Die GWWK besitzt die Patentlizenz für die Schweiz und führt auf Ersuchen hin die ersten Abklärungen durch. Doch nun zu den Vorteilen, Leistungsmerkmale, Kosten und der Funktionsweise der Wasserwirbelkraftwerke. Wasserwirbelkraftwerke brauchen weniger Gefälle und eine kleinere Wassermenge. Das Gewässer wird zusätzlich belüftet, und es wird eine bessere Fischdurchgängigkeit versprochen. Die Anlage in Schöttland wird mit einem runden Becken von 6,5 Meter Durchmesser und 1,5 Meter Gefälle betrieben. So entsteht je nach Wassermenge 10-15 kW elektrische Leistung, was einer Jahresproduktion von 80'000-120'000 kW/h entspricht. So können 20-25 Haushalte mit Strom versorgt werden. Die Kosten der Anlage belaufen sich auf rund 340'000 Franken. Das Wasserwirbelkraftwerk funktioniert mit einer einfachen und verblüffenden Technik. Kernstück der Anlage ist ein Becken mit einem zentralen Abfluss. Das Becken befindet sich in einem Fluss oder Bach an einer Stelle die mindestens 70 cm Gefälle und eine Durchflussmenge von rund 1000 Litern pro Sekunde verfügt. Über dem Abfluss bildet sich automatisch ein Wasserwirbel. In das Becken wird ein Rotor gestellt, der sich ungefähr 20-mal pro Minute dreht und einen Generator antreibt, der Strom produziert und ins Netz einspeist. Ich bin der Meinung, dass die Glatt an verschiedenen Stellen die Voraussetzungen einer konstanten Durchflussmenge und des geeigneten Gefälles erfüllt. Ich ersuche den Stadtrat um eine wohlwollende Prüfung der Machbarkeit von Wasserwirbelkraftwerken auf dem Stadtgebiet und auch zusammen mit Nachbargemeinden, der Kontaktaufnahme mit der GWWK und einen entsprechenden Antrag.“

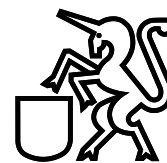
Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Der Stadtrat vertrete die Meinung, dass es sich bei den Wasserwirbelkraftwerken um eine interessante Idee handle. Der Stadtrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen und die Möglichkeiten eines solchen Kraftwerkes zu prüfen.

Allgemeine Diskussion:

Marcel Berli (SVP):

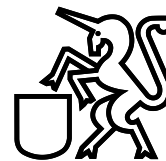
„Nach mehreren Recherchen empfiehlt unsere Fraktion das Postulat Realisierung von Wasserwirbelkraftwerken klar zur Ablehnung. Es ist sicher vorbildlich, durch die weltweiten Erfahrungen, die zurzeit in der Energiegewinnung gemacht werden, sich mit sämtlichen Formen der Wasserkraftnutzung zu beschäftigen. Aber als Politiker haben wir auch die Pflicht nicht jede gute Idee sofort als Postulat einzureichen. Warum hat man diese Idee nicht in der Fragestunde an den Stadtrat bei der letzten Gemeinderatssitzung am 4. April 2011 gestellt? Die Antwort hätte ganz klar aufgezeigt, das Dübendorf vor allem mit der Glattwerk AG eine vorbildliche Rolle spielt, in den Versuchen die Wasserkraft der Glatt zu nutzen! Nachfolgend, in abgekürzter Form was in den letzten Jahren bereits in Studien Bewilligungsversuchen und Projekte investiert wurde. Dezember 2005: Postulat ‚Flusskraftwerk an der Glatt‘ / Juli 2006: Machbarkeitsstudie durch die Bosshard Bauingenieure mit Grobanalyse / No-



vember 2006: Diskussionsgeschäft Wasserkraftnutzung im Verwaltungsrat der Glattwerk AG / Oktober 2007: Erweiterte Projektbearbeitung für zwei mögliche neue Standorte beim bestehenden Wehr an der Ringstrasse und bei der Oberen Mühle. Abklärung Bewilligungsfähigkeit beim AWEL (Amt für Abfall Wasser Energie und Luft) Parallel dazu klärte man die nötigen Bewilligungen für eine Absenkung der Glatt unterhalb der bestehenden Wehre ab / November 2007: Ablehnender Vorentscheid durch das AWEL. Die Aufwendungen von ca. 30'000 Franken sind durch die Glattwerk AG übernommen worden. / Dezember 2007: Neue Grobanalyse für ein Kleinwasserkraftwerk bei der Oberen Mühle durch die Firma Motorsänger / März 2008: Neue Projektstudie für die Wiederaufnahme der Energienutzung mit dem bestehenden Wasserrad an der Oberen Mühle / Mai 2008: Umfassender Bericht durch Glattwerk AG an die Stadt Dübendorf inklusive dem Angebot die Investitionen von 150'000 Franken für die Restauration und Elektrifizierung selber zu tragen / Februar 2010: Der Stadtrat äussert sich positiv zum Projekt / April 2010: Abklärungen ergeben, dass dafür eine neue Konzession notwendig ist. Für die Rechtsicherheit wird ein Vorentscheid vom AWEL verlangt / September 2010: Das AWEL meldet sich mit einer kantonalen Stellungnahme. Die wichtigsten zwei Auflagen: Für ein Bewilligungsgesuch für Flusskraftwerke jeglicher Art muss der Hochwasserschutz beim gesamten Glattverlauf neu beurteilt und geklärt werden. Zusätzlich müssen zwei Fischertreppen im Bereich der obersten Wehranlage, Höhe Kunsteisbahn eingebaut werden. Kostenpunkt ca. 100'000 Franken / Dezember 2010: Sitzung mit Stadt Dübendorf, Glattwerk AG, AWEL, Firma Motorsänger. Beschluss: Die geforderte Studie Hochwasserschutz wird durch die Stadt erstellt. Nach einem Telefonat mit der Glattwerk AG und einer Rücksprache mit der Genossenschaft WWK erfuhr ich mit Erstaunen, dass an der Ringstrasse Höhe Coop-Baucenter bereits im Jahr 2010 ein Konzessionsgesuch für ein WWK bei der Subventionsstelle für Kostendeckende Einspeise Vergütung KEV angemeldet wurde. Im Moment bemüht sich die Genossenschaft an verschiedenen Orten in der Schweiz für eine Konzession. Richtig formuliert im Postulat von Matthias Maag steht auch, dass nur die Idee des WWK den ‚Watt d'Or-Preis 2011‘ gewonnen hat, nicht die erste Versuchsanlage im Kanton Aargau. Nach eigenen Angaben müssen sie noch zwingend beim Kanton die notwendige Fischgängigkeit nachweisen. Die Genossenschaft benötigt dafür noch mindestens ein Jahr, nur für die Bewilligung. Danach müssen noch die notwendigen Anpassungen gemacht, eventuell Auflagen erfüllt werden und die dadurch entstehenden Kosten neu berechnet werden. Eine Kostenberechnung der Glattwerk AG inklusive der oben genannten zwei Auflagen für Dübendorf ergibt heute für ein Wasserwirbelkraftwerk einen Einkaufspreis pro kWh für das Energie liefernde Werk zwischen 38 und 46 Rappen. Der schweizerische Durchschnitt beträgt im Moment 8 bis 12 Rappen. Das ist über viermal mehr. Ich bezweifle, dass dies im Moment für einen Preis in Bern reicht. Eine Realisierung eines Wasserwirbelkraftwerks ist frühestens mit dem eventuell möglichen neuen Hochhaus im Giessen sinnvoll oder verantwortbar, denn auf dem gefangenen Grundstück entlang der Glatt ist als Ausgleich zur grösseren Nutzung der Glatt und für das Hochhaus bereits wieder so etwas ähnliches in Planung. Mit zwei Telefonaten hätte man erfahren, dass Dübendorf und vor allem die Glattwerk AG laufend in solche Machbarkeitsstudien involviert ist und im eigenen Interesse immer wieder durchführt. Nach unseren Recherchen sind sie auch bereits ein paar Schritte weiter, als in diesem Postulat gefordert wird. Mit solchen Postulaten verursachen wir unnötig zusätzliche Kosten und binden Ressourcen, die wir in dringenderen Geschäften zwingend benötigen. Aus diesem Grund appelliere ich an die Vernunft und bitte den Gemeinderat das Postulat in dieser Form nicht zu überweisen.“

Patrick Angele (SP):

„Heute muss man aufgrund tragischer Ereignisse nicht mehr darüber diskutieren, warum und wofür erneuerbare Energien benötigt werden. Heute wird in der Schule gelehrt, dass fossile Energien endlich sind und diese Endlichkeit in Bälde kommen wird. Und über den Ausstieg aus der Atomenergie sprechen heute mit Ausnahme der Schweizerischen Volkspartei alle Parteien. Aus dieser Warte ist das Postulat von Matthias Maag sehr begrüssenswert. Dennoch gibt es einiges zu bedenken: Rund 56 Prozent der Stromproduktion in der Schweiz stammen aus Wasserkraft. Wasserkraftnutzung hat in



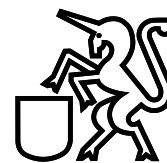
der Schweiz eine lange Tradition. Zeuge hiervon ist in Dübendorf beispielsweise die Obere Mühle. Aber auch das hat seine Auswirkungen: Heute sind 95 Prozent der nutzbaren Gewässer für die Energiegewinnung besetzt. Man kann also nur noch 5 Prozent der Gewässer nutzen. Diese würden den Anteil Wasserstrom am Gesamtstrombedarf um 5 bis 8 Prozent steigern. Wir sehen, das Potential ist ziemlich ausgeschöpft. Anders sieht es bei der Sonnenenergie aus. Experten rechnen mit einem Potential bis zu 30 Prozent. Oder auch die geothermischen Ressourcen können dereinst 30 Prozent abdecken. Der Stadtrat täte sich also gut daran, Alternativen zum Atom- und zum Wasserstrom zu prüfen. Nach Fukushima wäre es angebracht, dass sich die Stadt Dübendorf fragt, wie wir unseren Energiehaushalt in den Griff bekommen. Da gehört weit mehr dazu als ein kleines Wasserwirbelkraftwerk. Nur ein Stichwort: Energetische Gebäudesanierungen. Die vorliegende Idee von Matthias Maag hat aber ihren Reiz. Darum ist sie prüfenswert. Speziell zu beachten ist unserer Meinung nach die Kosten-/Nutzen-/Risiko-Analyse. Es muss genau geklärt werden, ob solche Kraftwerke den Fischdurchlauf gewährleisten. Vor allem der Aufstieg muss gewährleistet sein. Dies ist bei der jungen Technologie noch nicht restlos geklärt. Zu beachten gilt auch, dass die Grundtendenz zu einem erhöhten Engagement zur Revitalisierung der Schweizer Gewässer geht. Das Bundesparlament stellt mit dem neuen Gewässerschutzgesetz 40 Millionen Franken für die Revitalisierung zur Verfügung. Da könnte ein solches Kraftwerk unter Umständen das Gegenteil bewirken. Unsere Seen und Flüsse sind ein wichtiges und wertvolles Gut. Geben wir ihnen Acht. Dennoch ist klar, dass wir neue Energieerzeugungen finden müssen. In diesem Sinne ist die SP/Grüne/Juso-Fraktion für die Überweisung des Postulates und dankt dem Stadtrat für eine wohlwollende und ernsthafte Prüfung.“

Thomas Maier (GEU/glp):

Als Erstunterzeichner des ältesten noch unerledigten Postulates aus dem Dezember 2005 zum Thema Wasserkraftwerke wolle er auch etwas zu diesem Postulat sagen. Wenn er daran denke, was die Forderung seines Postulates sei, dann würden mit diesem Postulat bei ihm offene Türen eingerrannt. Bei seinem Postulat zu einem Wasserkraftwerk gab es keine technischen Einschränkungen, so dass immer die neueste Technologie zur Anwendung kommen könnte. Beim Wasserwirbelkraftwerken gehe es zuerst einmal um eine Idee, welche mit einem Preis ausgezeichnet worden sei. Es gebe zwar eine Versuchsanlage, aber es seien auch viele Versprechungen gemacht worden, und es gebe ingenieurtechnische Fragen zu klären. Ein grosses Fragezeichen mache er auch bei der Wirtschaftlichkeit, da die kostendeckende Einspeise Vergütung KEV noch nicht eingerechnet sei. Die GEU setze sich sehr für alternative Energien ein. Zur Aussage, dass in diesem Thema etwas gegangen sei, könne er feststellen, dass seit der Überweisung des Postulates vor fünfeinhalb Jahren de facto nichts umgesetzt worden sei. Er unterstütze das Postulat und habe mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat sich bereit erklärt habe, das Postulat entgegenzunehmen. Die Behandlung dieses Postulates verursache keinen zusätzlichen administrativen Aufwand, und er hoffe, dass er die Umsetzung des Postulates als Gemeinderat noch erlebe.

Überweisung:

Das Postulat Matthias Maag (EVP) „Realisierung von Wasserwirbelkraftwerken“, Geschäft Nr. 55/2011 wird mit 21 zu 15 Stimmen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.



5. Dringliche Interpellation Andrea Kennel (SP) und 9 Mitunterzeichnende „Stand der Umsetzung der Veloinitiative“ / Begründung Geschäft Nr. 58/2011

Begründung Andrea Kennel (SP):

„In der Volksabstimmung vom 30. November 2008 wurde der Gegenvorschlag zur Veloinitiative an der Urne mit 3657 zu 2100 Stimmen deutlich angenommen. Der Gegenvorschlag verlangt von der Stadt Dübendorf Fördermassnahmen für den Veloverkehr, insbesondere die Realisierung eines möglichst durchgängigen Velowegnetzes, welches klar signalisiert ist. Bis Mitte 2009 musste ein Konzept mit einem Umsetzungsplan 2009 bis 2014 vorliegen. Das geforderte Konzept wurde mit SRB Nr. 238 vom 16. Juli 2009 verabschiedet. Dieses Konzept wurde unter anderem auch allen Gemeinderäten zugestellt. Das Konzept enthält unter Kapitel 3.3 diverse anstehende Verbesserungen am Velonetz. Konkret enthält dieses Kapitel 54 Positionen mit der Umsetzungsplanung 2009/2010 und 2010+. Nun war ich während der ersten Frühlingstage gespannt, wie weit die Umsetzung ist, und ich habe mir erlaubt, einige der Punkte, die 2009 und 2010 geplant waren, vor Ort zu überprüfen. Das Resultat ist ernüchternd. Von den geprüften 7 Positionen ist keine einzige umgesetzt worden. Dies obwohl einige davon schon für das Jahr 2009 geplant waren. Die vollständige Liste finden Sie in meiner Interpellation. Ich möchte hier ein paar dieser Punkte kurz aufzeigen. Dazu hab ich das Foto aus dem Konzept von 2009 kopiert und mit einem Foto vom März dieses Jahres ergänzt.

Glattuferweg, Glattquai: Einbahn in Gegenverkehr für Velos erlauben, Umsetzung 2009, nicht umgesetzt. Hier sehen wir, dass im 2011 nicht mehr dieselben Autos parkiert haben, wie im Konzept von 2009. Die Ergänzung der Signalisation fehlt aber immer noch. Hier geht es nicht um ein neues teures Schild, sondern bloss um eine kleine Ergänzung, die den Velos anzeigt, dass die Signalisation für Velos nicht gilt. Soweit ich das beurteilen kann, sollte das mindestens finanziell kein Problem sein. Wenn es andere Probleme gäbe, wäre dieser Punkt wohl nichts ins Konzept gekommen.

Glattuferweg, Glattuferweg und Überlandstrasse, Memphiskreuzung: Verzweigung der Velorouten ‚Glattufer‘ und ‚Überlandstrasse‘ klar markieren und signalisieren, Umsetzung 2010, nicht umgesetzt. Hier sehen wir, dass heute nicht mehr ein schwarzer, sondern ein weisser Sack im Robidog-Behälter ist. Was hier im Konzept vorgesehen ist, ist aber eine wohl nicht so komplizierte Signalisation, die mit einem Schild gelöst wäre. Auch das ein Massnahme, die das Budget der Stadt wohl kaum in Schieflage bringen kann, für Velos aber hilfreich wäre, sonst wäre dieser Punkt ja nicht im Konzept.

Überlandstrasse, Autobahnezufahrt, Mit Signalisation auf Querung aufmerksam machen, z.B. ‚Achtung Veloquerung‘ mit orangem Blinklicht, Umsetzung 2009, nicht umgesetzt. Diesen Punkt erachte ich klar als den heikelsten. Seit der Veloinitiative wurde eine neue Velokarte der Stadt und auch eine neuen Velokarte der Region gedruckt. Bei beiden Velokarten führt der offizielle Veloweg quer über die Autobahneinfahrt. Wenn sie auf dem Foto genau schauen, erkennen sie, dass dieser Veloweg die Autostrasse kurz von dem Schild 80 quert. Ich war gestern mit dem Auto unterwegs und habe diesen Veloweg gequert. Selbst wenn man weiss, dass dort ein Veloweg ist, ist dieser nicht wirklich erkennbar. Der Autofahrer hinter mir hat wohl die Welt nicht mehr verstanden, dass ich trotz Signal 80 nur mit knapp 60 gefahren bin. Vergleichen wir die beiden Bilder von 2009 und heute, so sehen wir einen Unterschied in der Höhe der jungen Bäume und der Graffiti. Die für 2009 geplante und offensichtlich sehr wichtige Signalisation fehlt heute noch respektive hatte gestern sicher noch gefehlt. Vor allem dieser Punkt ist für mich unverständlich. Wie kann man eine so gefährliche Querung der Autobahneinfahrt in die offizielle Velokarte aufnehmen ohne diese entsprechend zu sichern? Für mich ist das ein Zeichen, dass sich der Stadtrat überhaupt nicht um die Problematik Veloverkehr kümmert. Betrachten wir die Velokarte etwas genauer: Kurz bevor die heikle Stelle komme, kann man mit dem Velo rechts Richtung Zwicky abbiegen und dann links durch ein kleines Tunnel unter der Autobahnauffahrt durchfahren. Dann fährt man weiter zwischen HP und ARA Richtung Zürich und kann sich dann entscheiden, ob man wieder Richtung Hauptstrasse oder direkt an der Glatt weiter fahren möchte. Für mich ist diese Velokarte daher nicht nur eine schlechte, sogar eine gefährliche Alibiübung. Ich



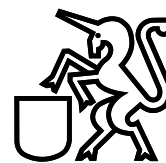
bitte daher, den Stadtrat dem Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten: 1. Welche geplanten Punkte des Veloförderungskonzeptes sind umgesetzt? 2. Welche geplanten Punkte des Veloförderungskonzeptes sind noch nicht umgesetzt und wieso nicht? 3. Wann gedenkt der Stadtrat die als wichtig eingestuften Massnahmen umzusetzen? 4. Welche anderen Massnahmen zur Realisierung eines möglichst durchgängigen Velonetzes wurden umgesetzt? 5. Welche anderen Massnahmen zur Realisierung eines möglichst durchgängigen Velonetzes sind geplant? Ich bin mir bewusst, dass das Gesamtverkehrskonzept, das während der Wahlen auf Ende 2010 versprochen wurde, nun endlich zur Diskussion steht. Doch dieses Gesamtkonzept gilt für uns Interpellanten nicht als Ausrede dafür, beim Velokonzept gar nichts zu tun. Die Punkte, die ich in der Interpellation aufgegriffen habe, sind wichtige Sofortmassnahme, die ein Gesamtkonzept nicht verhindern und auch einfach wieder geändert werden könnten, falls dies dann in mehreren Jahren wirklich nötig werden sollte. Ich bitte als den Stadtrat, die Fragen in Bezug auf das bestehende Velokonzept zu beantworten und dem Gemeinderat und den Bürgerinnen und Bürgern damit Rechenschaft abzugeben, wie weit der klar geäusserte Volkswille von 2008 nun umgesetzt ist oder wieso eben noch immer nicht.“

Die dringliche Interpellation „Stand der Umsetzung der Veloinitiative“ ist damit durch den Stadtrat gemäss Artikel 51, Ziffer 4 innert 2 Monaten zu beantworten.

6. Postulat Peter Jann (GP) und 5 Mitunterzeichnende „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Dübendorf“ / Begründung und Überweisung Geschäft Nr. 59/2011

Begründung Hans Baumann (SP):

„In der Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Peter Jann vom letzten Jahr bejaht der Stadtrat die positive Rolle des gemeinnützigen Wohnungsbaus, um die Wohnungsnot zu bekämpfen, dem renditeorientierten Wohnungsbau entgegenzuwirken und die Stadt für mittlere Einkommensschichten attraktiv zu machen. In den letzten Jahren wurden aber kaum Anstrengungen unternommen, den gemeinnützigen Wohnungsbau aktiv zu fördern und der Stadtrat ‚erachtet es zum heutigen Zeitpunkt nicht als seine Aufgabe, eine aktivere Wohnbauförderung als bisher zu betreiben.‘ Die SP/Juso/Grüne-Fraktion versteht diese Zurückhaltung nicht. Wirtschaftswachstum, Zuwanderung und Bodenspekulation haben die Häuserpreise und die Mieten vor allem in der Agglomeration Zürich rapide ansteigen lassen. Für Familien mit mittleren Einkommen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Der Leerwohnungsbestand, das übliche Mass für die Wohnungsnot, ist in der Agglomeration Zürich extrem tief. Es ist nicht verwunderlich, dass Dübendorf eine der Gemeinden mit dem knappsten Wohnungsangebot ist. Während die Leerwohnungsziffer letztes Jahr im Kanton 0.63 Prozent betrug, sind es in Dübendorf nur gerade 0.38 Prozent. Dies bedeutet für viele Familien eine effektive Notsituation. Der freie Wohnungsmarkt allein kann dieses Problem nicht bewältigen. Deshalb überlegen sich viele Städte und Gemeinden, wie sie wieder vermehrt Wohnungen fördern können, welche nach dem Prinzip der Kostenmiete wirtschaften, also der Spekulation und den extremen Mietzinssteigerungen nachhaltig entzogen werden. Eine wichtige Massnahme stellt dabei die Förderung des gemeinnützigen bzw. genossenschaftlichen Wohnungsbaus dar. Wohnbaugenossenschaften sind nicht nur wichtige Bollwerke gegen überbordende Mietzinssteigerungen: Sie waren in den letzten Jahren auch Vorreiter für ökologisch und sozial nachhaltige Projekte. Ich denke hier vor allem an fortschrittliche Konzepte für den Energieverbrauch oder auch an den zunehmenden Bedarf an altersgerechtem oder altersdurchmischtem Wohnen. Unsere Fraktion möchte deshalb mit diesem Postulat den Stadtrat auffordern, verschiedene Massnahmen zu prüfen, um den gemeinnützigen Wohnungsbau wieder vermehrt zu fördern. Bei den im Postulat aufgezählten Massnahmen – vor allem raumplanerischer und weniger finanzieller Art – handelt es sich um Beispiele, welche in anderen Gemeinden bereits ergriffen oder geplant wurden. Um zu zeigen, dass die fördernden Massnahmen,



die wir dem Stadtrat zur Prüfung empfehlen, nicht aus der Luft gegriffen sind, hier einige Beispiele von Gemeinden, die bereits solche Massnahmen eingeführt haben oder diese im Moment prüfen: In Thalwil wurden 2010 in der BZO für Arealüberbauungen Sonderbauvorschriften geschaffen, die einen Ausnützungsbonus für gemeinnützigen Wohnbau und einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen vorsehen. In Zürich wurde ein Postulat angenommen, das vorsieht, Zonen mit Gestaltungsplanpflicht und einem Mindestanteil an Wohnraum nach dem Kostenmietprinzip zu schaffen. In Küsnacht wurde die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in die Gemeindeordnung aufgenommen und als strategisches Ziel eine Quote von 10-15 Prozent Wohnraum nach Kostenmiete festgelegt, in Dübendorf sind es heute ca. 5 Prozent. Zumikon plant einen Fonds für Familienwohnungen. Die Stadt Zug hat ebenfalls gerade seine BZO geändert und Zonen mit Ausnützungsbonus und Mindestanteil für preisgünstige Wohnungen eingeführt. Der Stadtrat von Luzern schlägt eine neue BZO vor, welche Mehrausnutzungen vorsieht, wenn preisgünstige Wohnungen realisiert werden. Natürlich haben diese hier aufgezählten Gemeinden teilweise verschiedene Probleme in Zusammenhang mit Mietpreisen und Wohnungsnot, insbesondere Zug oder Küsnacht, und sind nicht alle mit Dübendorf vergleichbar. Aber Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus gemäss Kostenmiete können immer ein wichtiges Mittel sein, um Mietpreissteigerungen und Wohnungsknappheit zu lindern. Wir wollen damit auch aufzeigen, dass die von uns aufgezählten, möglichen Mittel realistisch sind und in zahlreichen Gemeinden – ausser Zürich mit bürgerlichen Mehrheiten – zum Teil realisiert wurden oder vorgesehen sind. Wir bitten deshalb darum, dieses Postulat zu überweisen. Wir beauftragen damit den Stadtrat zu prüfen, ob und wenn ja mit welchen Mitteln der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert werden kann.“

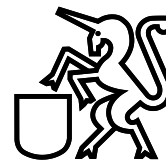
Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Der Stadtrat vertrete in dieser Frage eine andere Auffassung und sei der Meinung dass es mit den vorgeschlagenen Massnahmen zu einer Vermischung der Zuständigkeiten käme. Er zweifle zudem daran, ob Massnahmen im Zusammenhang mit dem Vorkaufsrecht der Stadt bei der Einzonung privater Grundstücke rechtlich umsetzbar seien. Anders sei es bei eigenen Grundstücken. Das Postulat ziehe Massnahmen anderer Gemeinden als Vergleich heran, doch handle es sich dabei um Massnahmen, die teilweise rechtlich noch nicht geprüft und nicht eingesetzt worden seien. Eine Nutzungsbeschränkung in der Bauzone entspreche einer Enteignung. Er beantrage deshalb im Namen des Stadtrates, das Postulat nicht zu überweisen, da die vorgeschlagenen Massnahmen ins Leere laufen würden.

Allgemeine Diskussion:

Hans-Felix Trachsler (SVP):

„In Tat und Wahrheit leisten die Träger des gemeinnützigen Wohnungsbaus, insbesondere die verschiedenen Stiftungen und Genossenschaften in der Agglomeration Zürich einen wertvollen Beitrag für die Wohnraumversorgung für breite Bevölkerungskreise. Erfahrungsgemäss sind die Wohnüberbauungen der Baugenossenschaften überdurchschnittlich gut unterhalten und die Mietzinsen bewegen sich aufgrund der Kostenmiete und der Tatsache, dass praktisch keine Erträge ausgeschüttet werden, deutlich unter dem Markt. An und für sich wäre es begrüssenswert, wenn auch in Dübendorf eine grössere Zahl an gepflegten und laufend gut unterhaltenen Genossenschaftswohnungen verfügbar wäre. Vor diesem Hintergrund ist die generelle Stossrichtung des Postulats, nämlich die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus erfreulich. Ich könnte mir als einzige öffentliche Fördermassnahmen die Veräusserung von städtischem Bauland an Wohnbaugenossenschaften und/oder den Abschluss von Baurechtsverträgen durchaus vorstellen. Die SVP Fraktion lehnte diesen vorliegenden Vorstoss mit aller Deutlichkeit ab, denn alle anderen vorgeschlagenen Massnahmen zielen in die falsche Richtung: Die Gewährung von Nutzungsprivilegien für ein bestimmtes Segment in einer



Bauzone widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung. Ich frage mich ferner, ob die Reduktion von Grenz- und Gebäudeabstände wirklich wesentlich zur Förderung der Wohnqualität der künftigen Bewohner beiträgt. Ich kenne Vorhaben von Stadtzürcher Baugenossenschaften, welche die zulässige Ausnutzung gemäss gültiger Bau- und Zonenordnung gar nicht vollständig konsumieren, um die Wohnqualität der Überbauung zu heben. Die Ausbedingung eines Kaufrechts zugunsten der Gemeinde bei Neueinzonungen widerspricht klar unseren Vorstellungen bezüglich einer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit möglichst kleiner Staatsquote. Als Ergänzung möchte ich betonen, dass mir persönlich keine aktuellen Neueinzonungsprojekte bekannt sind. Die Schaffung einer Mehrwertabgabe unter dem Gesichtspunkt der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus lässt sich nicht mit unseren Idealen nach möglichst geringen Staatseingriffen in Einklang bringen und ist deshalb klar zu verwerfen. Viele Baugenossenschaften verfügen über sehr solide finanzielle Verhältnisse, so dass sich ergänzende finanzielle Massnahmen wie Darlehensgewährung und Vergleichbares auf kommunaler Stufe nicht aufdrängen.“

Stefanie Huber (GEU/glp):

„Den gemeinnützigen Wohnungsbau und damit sozial und ökologisch nachhaltige Wohnbauprojekte in Dübendorf fördern‘ – das können auch wir als GEU/glp unterschreiben. Die Wohnungssituation rund um Zürich wird immer schwieriger, vor allem für Weniger-Verdienende und Familie. Gerade für Letztere bietet Dübendorf mit seiner praktischen Lage zwischen der Innenstadt und den ländlicheren Gebieten, der gut ausgebauten Infrastruktur und der Nähe aller möglichen Detailhandelsgeschäfte eine günstige Wahl. Der Stadtrat hat im Rahmen des Verkaufs oder Landabgabe im Baurecht die Möglichkeit, mit Wohnbaugenossenschaften und anderen Akteuren des gemeinnützigen Wohnungsbaus zusammen zu arbeiten. Es ist richtig, dass sich Dübendorf in den letzten Jahren hier nicht besonders hervorgetan hat, weshalb wir noch einmal die Bedeutung des stadträtlichen Engagements in dieser Frage unterstreichen wollen, zu handeln, sobald sich eine Möglichkeit auftut, und diese Möglichkeiten auch aktiv zu suchen. Die Aufgabe ergibt sich übrigens auch aus der Kantonsverfassung, Art. 110 ‚Kanton und Gemeinden fördern den gemeinnützigen Wohnungsbau und das selbst genutzte Wohneigentum.‘ Die Ausweitung von Anreizen wäre eine Möglichkeit dazu. Auch das angekündigte Stadtentwicklungskonzept kann hier Weichen stellen. Leider geht das Postulat in seinen Vorschlägen zu weit, so zum Beispiel sollen Wohnanteile zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Nutzungs- oder Sondernutzungsplänen oder Nutzungsbeschränkungen in bestehenden Bauzonen geprüft werden. Dies bedeutet eine Einschränkung des Wohnungsmarktes, welche in den Augen der GEU/glp für Dübendorf zu weit geht. In unseren Augen dafür zu wenig gewichtet wurde der energetische und ökologische Aspekt: Viele Bauten des gemeinnützigen Wohnungsbaus bedürfen dringend einer Sanierung, was aber wegen falscher Anreize für die Besitzer häufig nicht geschieht. Es darf auch nicht sein, dass Sanierungen ausbleiben, um Kosten tief zu halten, hier hat die Energieeinsparung Vorrang. Gesucht wären innovative Ansätze, die Anreize für hohe energetische Standards und nachhaltige Mobilitätskonzepte mit modernen Lebensformen und gemeinnützigem Wohnungsbau kombinieren. Die Mehrheit der GEU/glp-Fraktion lehnt das Postulat deshalb aus oben genannten Gründen ab. Ein möglichst aktives Engagement des Stadtrats in dieser Frage wird aber auf jeden Fall erwartet.“

Überweisung:

Das Postulat „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Dübendorf“ wird mit 6 zu 26 Stimmen abgelehnt und ist damit abschliessend behandelt.



**7. Bruttokredit von 1'037'058.00 Franken für die Ergänzungsbeschaffung von Schulinformatikmitteln für die Primarschule / Genehmigung
Geschäft Nr. 52/2011**

Referentin GRPK Andrea Kennel (SP):

„Als erstes möchte ich mich beim Stadtrat und der Schulpflege für die vorliegende Weisung bedanken. Im Aktenverzeichnis ist das ICT-Konzept der Primarschule vom November 2010 erwähnt. Dieses ist auch in der Aktenaufgabe zu finden und dieses Konzept verdient den Namen Konzept klar. Die verschiedenen Punkte der Schulinformatik sind im Konzept klar formuliert und die nötigen Fragen sind geklärt. Das merkt man auch, wenn man die Weisung liest. Die Weisung ist klar strukturiert und verständlich geschrieben. Was wir in der Weisung selber nicht gefunden haben, war die Überlegung zu verschiedenen Lösungsvarianten. Die Weisung enthält nur eine Variante. Das bedeutet aber nicht, dass nur eine Lösung betrachtet wurde. Im Konzept wurden klar verschiedene Varianten verglichen und dann die bevorzugte und auch sinnvollste in die Weisung übernommen. Was für uns im Gemeinderat formal sicher auch wichtig ist, ist die Aufteilung nach der Gebundenheit. Soviel vorerst zum Formalen. Nun aber zum Inhalt, der ja mehr interessiert und auch wichtiger ist. Im Jahre 2003 wurde für die Mittelstufe (4. bis 6. Klasse) Computer für jedes Klassenzimmer beschafft. Diese Computer sind heute veraltet und entsprechend steigen die Wartungskosten. Somit ist steht eine Neubeschaffung an. Neu sollen Computer nicht nur in der Mittelstufe sondern auch in der Kindergarten- und Primarschulstufe zum Einsatz kommen. Dafür sprechen verschiedene Gründe, unter anderem, dass heute viele Lehrmittel über eine multimediale Ergänzung in Form einer Computer-CD verfügen. Weiter erlaubt der Computer auch individuelles Arbeiten mit Lernprogrammen für schwache oder unterforderte Kinder. Neben den Computern je Klassenzimmer soll auch je Schulhaus ein Notebook-Pool von 15 Notebooks zur Verfügung stehen, damit die Möglichkeit besteht, in der ganzen Klasse oder Halbklass mit dem Computer zu arbeiten. Damit die Computer auch sinnvoll eingesetzt werden können, sind die Betreuung und der Support ebenfalls geregelt und die nötigen Strukturen sind definiert. Alle Fragen der GRPK konnten zufriedenstellend beantwortet werden. Wie schon der Stadtrat unterstützt auch die GRPK den Antrag der Primarschulpflege und empfiehlt dem Gemeinderat den Kredit zu bewilligen.“

Stellungnahmen Stadträtin Edith Jöhr (BDP):

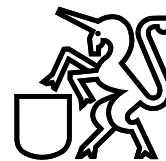
Sie danke der GRPK für die wohlwollende und genaue Prüfung der Vorlage. Sie bitte um die Bewilligung des Kredites. Mit den neuen Schulinformatikmitteln werde für die Primarschule die Möglichkeit geschaffen, einen besseren und interessanteren Unterricht zu gestalten.

Abstimmung:

| | |
|---|------------|
| Zustimmung zum Antrag der PS-Pflege / Stadtrat / GRPK | 36 Stimmen |
| Ablehnung Antrag der PS-Pflege / Stadtrat / GRPK | 0 Stimmen |

Beschluss:

1. Für die Kosten zur Ergänzungsbeschaffung von Schulinformatikmitteln wird ein Kredit von Fr. 1'037'058.00 genehmigt.
2. Mitteilung Primarschulpflege zum Vollzug.



8. Ersatzwahl eines Mitglieds der GRPK (Austritt Reto Steiner) Geschäft Nr. 60/2011

Referent IFK Theo Johner (BDP):

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Charlotte Meyer (SVP) zur Nachfolgerin von Reto Steiner (SVP) zur Wahl in die GRPK vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl:

Gemeinderatspräsident Patric Crivelli erläutert das Wahlverfahren: Die Wahlen erfolgen gemäss Art. 38 der Geschäftsordnung offen. Gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates, Artikel 38, Ziffer 1 richtet sich das Verfahren bei Wahlen nach kantonalem Recht. Gemäss Geschäftsreglement des Kantonsrates § 43 werden die vorgeschlagenen Personen als gewählt erklärt, wenn nicht mehr Wahlvorschläge vorliegen als Sitze zu besetzen sind. Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt Gemeinderatspräsident Patric Crivelli Charlotte Meyer als gewählt.

9. Ersatzwahl eines Mitglieds der BRK (Austritt Charlotte Meyer) Geschäft Nr. 61/2011

Referent IFK Theo Johner (BDP):

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Guido Schwegler (SVP) zum Nachfolger von Charlotte Meyer (SVP) zur Wahl in die BRK vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl:

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt Gemeinderatspräsident Patric Crivelli Guido Schwegler als gewählt.

10. Ersatzwahl eines Mitglieds der BRK (Austritt Patrick Schnider) Geschäft Nr. 64/2011

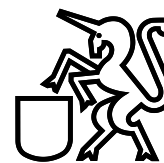
Referent IFK Theo Johner (BDP):

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Lena Lademann (SP) zur Nachfolgerin von Patrick Schnider (SP) zur Wahl in die BRK vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl:

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt Gemeinderatspräsident Patric Crivelli Lena Lademann als gewählt.



11. Elf Bürgerrechtsgesuche

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Alle Gesuche wurden durch die BRK einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf Referate von Seiten der Bürgerrechtskommission verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden Beschlüsse.

11.1. Ibanez Gonzalez Luis und Curiel Salaman Rosa, mexikanische Staatsangehörige, Neugutstrasse 55, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 37/2010

| | |
|----------------------|--------------------------|
| Einbürgerungsgebühr: | Fr. 1'900.-- |
| Antrag BRK: | Annahme (3 Ja zu 0 Nein) |
| Diskussion: | keine |

| | |
|------------------------|------------|
| Für Antrag SR / BRK: | 23 Stimmen |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 2 Stimmen |

Beschluss:

1. IBANEZ GONZALEZ Luis, mexikanischer Staatsangehöriger, geboren am 5. September 1960 in Mexico (Mexiko), verheiratet, Aromatiker, wohnhaft Neugutstrasse 55, 8600 Dübendorf, und seine Ehefrau CURIEL SALAMAN Rosa, mexikanische Staatsangehörige, geboren am 8. Juli 1960 in Mexico (Mexiko), verheiratet, Produktspezialistin, wohnhaft Neugutstrasse 55, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

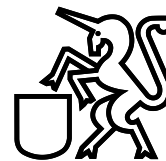
11.2. Kössl Martin Stefan, österreichischer Staatsangehöriger, Zwinggartenstrasse 59, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 38/2010

| | |
|----------------------|--------------------------|
| Einbürgerungsgebühr: | Fr. 1'450.-- |
| Antrag BRK: | Annahme (4 Ja zu 0 Nein) |
| Diskussion: | keine |

| | |
|------------------------|------------|
| Für Antrag SR / BRK: | 32 Stimmen |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 0 Stimmen |

Beschluss:

1. KÖSSL Martin Stefan, österreichischer Staatsangehöriger, geboren am 16. Dezember 1943 in Linz (Österreich), ledig, Rentner, wohnhaft Zwinggartenstrasse 59, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

11.3. Lotzmann Jürgen, deutscher Staatsangehöriger, Wasserfurrenstrasse 15, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 39/2010

| | |
|------------------------|--------------------------|
| Einbürgerungsgebühr: | Fr. 1'450.-- |
| Antrag BRK: | Annahme (4 Ja zu 0 Nein) |
| Diskussion: | keine |
| Für Antrag SR / BRK: | 27 Stimmen |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 1 Stimme |

Beschluss:

1. LOTZMANN Jürgen, deutscher Staatsangehöriger, geboren am 22. August 1968 in Minden (Deutschland), ledig, Wirtschaftsinformatiker, wohnhaft Wasserfurrenstrasse 15, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

11.4. Radovic Goran und Daliborka sowie die Kinder Milica und Jelena, serbische Staatsangehörige, Hurdackerstrasse 40, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 40/2010

| | |
|------------------------|--------------------------|
| Einbürgerungsgebühr: | Fr. 1'900.-- |
| Antrag BRK: | Annahme (4 Ja zu 0 Nein) |
| Diskussion: | keine |
| Für Antrag SR / BRK: | 23 Stimmen |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 3 Stimmen |

Beschluss:

1. RADOVIC Goran, serbischer Staatsangehöriger, geboren am 11. Oktober 1972 in Kraljevo (Republik Serbien), verheiratet, Operations Manager, wohnhaft Hurdackerstrasse 40, 8600 Dübendorf, und seine Ehefrau RADOVIC Daliborka, serbische Staatsangehörige, geboren am 15. Mai 1974 in Feldkirch (Österreich), verheiratet, Qualitätsmanagerin, sowie die Kinder RADOVIC Milica, geboren am 19. Oktober 1997 in St. Gallen (SG) und RADOVIC Jelena, geboren am 30. November 1999 in St. Gallen (SG), werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



**11.5. Dauti Isa, mazedonischer Staatsangehöriger, Überlandstrasse 197, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 41/2010**

| | |
|------------------------|--------------------------|
| Einbürgerungsgebühr: | Fr. 1'450.-- |
| Antrag BRK: | Annahme (5 Ja zu 0 Nein) |
| Diskussion: | keine |
| Für Antrag SR / BRK: | 24 Stimmen |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 2 Stimmen |

Beschluss:

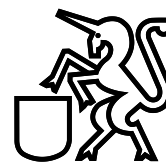
1. DAUTI Isa, mazedonischer Staatsangehöriger, geboren am 25. November 1957 in Srbinovo (Mazedonien), verheiratet, Sachbearbeiter, wohnhaft Überlandstrasse 197, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**11.6. Destro Emanuele, italienischer Staatsangehöriger, und Destro Peggy, deutsche Staatsangehörige, sowie das Kind Giulia, deutsche Staatsangehörige, Zwinggartenstrasse 57, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 42/2010**

| | |
|------------------------|--------------------------|
| Einbürgerungsgebühr: | Fr. 1'900.-- |
| Antrag BRK: | Annahme (5 Ja zu 0 Nein) |
| Diskussion: | keine |
| Für Antrag SR / BRK: | 27 Stimmen |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 1 Stimme |

Beschluss:

1. DESTRO Emanuele, italienischer Staatsangehöriger, geboren am 10. Januar 1966 in Padova (Italien), verheiratet, Geschäftsführer, wohnhaft Zwinggartenstrasse 57, 8600 Dübendorf, und seine Ehefrau DESTRO geb. Burkhardt Peggy, deutsche Staatsangehörige, geboren am 22. August 1973 in Karl-Marx-Stadt (Deutschland), Haushaltshilfe, sowie das Kind DESTRO Giulia, deutsche Staatsangehörige, geboren am 18. Februar 2004 in Zollikon (ZH), werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



**11.7. Herceg Ivo und Zdenka sowie die Kinder Ines und Ivan, kroatische Staatsangehörige, Heugatterstrasse 22a, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 43/2010**

| | |
|------------------------|--------------------------|
| Einbürgerungsgebühr: | Fr. 1'900.-- |
| Antrag BRK: | Annahme (5 Ja zu 0 Nein) |
| Diskussion: | keine |
| Für Antrag SR / BRK: | 24 Stimmen |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 4 Stimmen |

Beschluss:

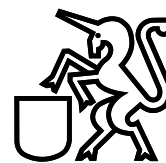
1. HERCEG Ivo, kroatischer Staatsangehöriger, geboren am 1. November 1964 in Posavska (Bosnien und Herzegowina), verheiratet, Elektromonteur, wohnhaft Heugatterstrasse 22a, 8600 Dübendorf, und seine Ehefrau HERCEG geb. Krizan Zdenka, kroatische Staatsangehörige, geboren am 19. September 1966 in Pecnik (Bosnien und Herzegowina), verheiratet, Laborantin, sowie die Kinder HERCEG Ines, geboren am 20. Mai 2001 in Kilchberg (ZH) und HERCEG Ivan, geboren am 5. Oktober 2006 in Kilchberg (ZH), werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**11.8. Bekiri Jonus sowie die Kinder Blerta und Jonila, mazedonische Staatsangehörige, In Huebwiesen 12, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 45/2011**

| | |
|------------------------|--------------------------|
| Einbürgerungsgebühr: | Fr. 1'450.-- |
| Antrag BRK: | Annahme (5 Ja zu 0 Nein) |
| Diskussion: | keine |
| Für Antrag SR / BRK: | 22 Stimmen |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 6 Stimmen |

Beschluss:

1. BEKIRI Jonus, mazedonischer Staatsangehöriger, geboren am 27. September 1977 in Selce (Mazedonien), verheiratet, Lagerangestellter, sowie die Kinder BEKIRI Blerta, geboren am 5. April 2005 in Zürich (ZH) und BEKIRI Jonila, geboren am 3. März 2009 in Zürich (ZH), wohnhaft In Huebwiesen 12, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



11.9. Cherella Ernesto, italienischer Staatsangehöriger, Heugatterstrasse 31, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 46/2011

| | |
|------------------------|--------------------------|
| Einbürgerungsgebühr: | Fr. 1'450.-- |
| Antrag BRK: | Annahme (5 Ja zu 0 Nein) |
| Diskussion: | keine |
| Für Antrag SR / BRK: | 29 Stimmen |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 1 Stimme |

Beschluss:

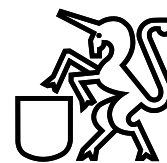
1. CHERELLA Ernesto, italienischer Staatsangehöriger, geboren am 16. November 1942 in Teano (Italien), verheiratet, Rentner, wohnhaft Heugatterstrasse 31, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

11.10. Lleshaj Linda sowie die Kinder Alissa und Noël Gasper, kosovarische Staatsangehörige, Im Grund 3, Dübendorf / Genehmigung Geschäft Nr. 47/2011

| | |
|------------------------|--------------------------|
| Einbürgerungsgebühr: | Fr. 1'450.-- |
| Antrag BRK: | Annahme (5 Ja zu 0 Nein) |
| Diskussion: | keine |
| Für Antrag SR / BRK: | 22 Stimmen |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 6 Stimmen |

Beschluss:

1. LLESHAJ Linda, kosovarische Staatsangehörige, geboren am 2. November 1982 in Suva Reka (Republik Serbien), verheiratet, Hausfrau, sowie die Kinder LLESHAJ Alissa, geboren am 12. Januar 2006 in Zürich (ZH) und LLESHAJ Noël Gasper, geboren am 2. März 2010 in Zürich (ZH), wohnhaft Im Grund 3, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.



**11.11. Loureiro Martins Antonie Emanuel, portugiesischer Staatsangehöriger, und Loureiro Martins Phiangruthai, thailändische Staatsangehörige, sowie das Kind Loureiro Martins Raphael Chanon, portugiesischer Staatsangehöriger, Zürichstrasse 37, Dübendorf / Genehmigung
Geschäft Nr. 48/2011**

| | |
|------------------------|--------------------------|
| Einbürgerungsgebühr: | Fr. 1'900.-- |
| Antrag BRK: | Annahme (5 Ja zu 0 Nein) |
| Diskussion: | keine |
| Für Antrag SR / BRK: | 23 Stimmen |
| Gegen Antrag SR / BRK: | 3 Stimmen |

Beschluss:

1. LOUREIRO MARTINS Antonio Emanuel, portugiesischer Staatsangehöriger, geboren am 1. März 1976 in Azurem (Portugal), verheiratet, Pflegeassistent, wohnhaft Zürichstrasse 37, 8600 Dübendorf, und seine Ehefrau LOUREIRO MARTINS Phiangruthai, thailändische Staatsangehörige, geboren am 18. März 1977 in Bangkok (Thailand), verheiratet, Mitarbeiterin Roomservice, sowie das Kind LOUREIRO MARTINS Raphael Chanon, portugiesischer Staatsangehöriger, geboren am 2. September 2004 in Zürich (ZH), werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

12. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2011/12

Rückblick Patric Crivelli (SVP):

„Ich kann Ihnen sagen, es war ein super Jahr, welches ich als stolzer Dübendorfer nie vergessen werde. Ich durfte so viele schöne Momente erleben und viele neue interessante Menschen kennenlernen. Wie zum Beispiel während der Fussball-WM, im Dolder Grand, beim WM-Spiel Deutschland gegen Spanien, wo ich vom ehemaligen deutschen Profi Karl-Heinz Riedle eingeladen wurde und ihn persönlich kennenlernen durfte. Oder am Brigade-Rapport des Lehrverbandes der Führungsunterstützung 30, wo ich mit Korpskommandant André Blattmann diskutieren konnte. Auch etliche geniale Anlässe durfte ich besuchen. Da waren einige militärische Beförderungen, das schöne Konzert der Jugendmusik, und der musikalische Höhepunkt, die Einladung zum U2-Konzert im Letzigrund-Stadion. Apropos Letzigrund: Nochmals herzlichen Dank an meinen Vizepräsidenten Rolf Biggel, der mich als Präsident ans LCZ-Diamond-League-Meeting einlud. Auch einige Meilensteine der Dübendorfer Geschichte durfte ich hautnah miterleben, wie die Eröffnung der Glattalbahn, welche unseren Wirtschaftsstandort in Zukunft noch mehr fördern wird. Oder die Eröffnung des grössten Garage-Betriebes in der Schweiz mit der Autowelt Zürich der AMAG durfte ich erleben. Diese Eröffnung zeigt, welchen Standortvorteil wir Dübendorfer haben. Solche Firmen bei uns haben zu dürfen, macht mich als Dübendorfer stolz. Und die letzte und für Dübendorf und die Dübendorfer Bevölkerung schönste Veranstaltung, welche nur jeder dritte Präsident die Ehre hat, zu erleben, war die Dübi-Mäss. Ich möchte auch alle anderen, die vielen kleinen Anlässe und GVs der Dübendorfer Vereine nicht vergessen. Es waren da so viele schöne und herzliche Begegnungen mit den Dübendorfern. Hier ein spezieller Dank an unsere Bevölkerung und alle Vereine in unserer Stadt. Ihr macht das gut! Das allerschönste für jeden Präsidenten ist sicherlich die Organisation und Durchführung seines Ratsaus-



fluges. Leider konnten Sie bei meinem Ausflug keine neuen Ortschaften kennenlernen. Ich hoffe dennoch, dem einen oder anderen etwas ihm noch Unbekanntes von Dübendorf und deren Geschichte gezeigt zu haben. Mir hat es Spass gemacht, diesen Anlass zu organisieren. Ich hoffe, Ihnen hat es auch gefallen. Auch interessant waren die Besuche als Präsident in den einzelnen Kommissionen, der GRPK, der KRL und der BRK. Wenn auch die eine oder andere Sitzung im Gemeinderat etwas hitzig verläuft und die Parteien für ihre Anliegen kämpfen, wird doch in den Kommissionen in einem angenehmem Ton und sachbezogen politisiert. Doch leider ist das Jahr jetzt zu Ende. Jetzt, wo man sich so sehr an alles gewöhnt hat. Jetzt, wo das Leiten der Sitzungen so richtig Spass macht und sich meine Partnerin an die vielen Absenzen zu Hause gewöhnt hat. Dieses Jahr ist einfach zu kurz. Zum Schluss möchte ich noch einige Worte des Dankes aussprechen. Ganz besonders an meinen Sekretär, Marcel Amhof, der mich immer tatkräftig unterstützt und beraten hat. Weiter möchte ich mich bei Simon Winistörfer bedanken. Er hat Marcel während dessen Abwesenheit vertreten. Auch wenn Marcel und ich eine dritte Meinung hören wollten, war er uns stets behilflich. Auch danken möchte ich dem Gemeinderatsbüro für seine Unterstützung an den Bürositzungen und den beiden Vizes für die Hilfe während den Sitzungen auf dem Bock. Ebenso danken möchte ich meinen Ratskollegen, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat für die gute Zusammenarbeit. Und zum Schluss möchte ich noch meinem Vater danken. Er hat mir vor der Sitzung ein Buch mit Bildern des Gemeinderatsausfluges von Toni Keller geschenkt. Und er hat mir immer die nötige Freiheit im Geschäft gegeben und mich auch immer in jeder Beziehung voll und ganz unterstützt.“

Verabschiedung durch Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

„An der Ratssitzung vom 10. Mai 2010 wurdest du, nach dem Verzicht des im 1. Wahlgang gewählten Max Senn, als bisheriger 2. Vizepräsident mit 20 von 37 massgebenden Stimmen zum Ratspräsidenten für das Amtsjahr 2010/2011 gewählt. Details zu dieser speziellen Wahl, die bei den Parteien und in der Bevölkerung heiss diskutiert wurde und in den Medien grosse Schlagzeilen machte, können im Gemeinderatsprotokoll nachgelesen werden. Das heisst, ich verzichte an dieser Stelle die Gemeinderatssitzung von damals weiter aufleben zu lassen. Deine Amtszeit als Ratspräsident begann also nicht ganz so, wie du dir das gewünscht hättest. Lieber Patric, du hast dich aber der Situation gestellt und konntest deine Ziele im Ratsbetrieb wie gewünscht umsetzen. Mit deiner ruhigen, besonnenen und sachlichen Geschäftsführung wurde dir von verschiedenen Ratsmitgliedern, über alle Parteigrenzen hinweg, Anerkennung ausgesprochen. Dass es dir somit gelungen ist, ein hektisch begonnenes Amtsjahr erfolgreich zu gestalten freut mich, und natürlich verdienst du dafür auch einen grossen Dank. Während deinem Amtsjahr konnte ich immer wieder feststellen, dass du mit Herz dabei warst und dir die Aufgabe viel Freude machte. Lieber Patric, bei zahlreichen Repräsentationsaufgaben hast du Dübendorf würdevoll vertreten und man hat es auch immer gespürt, es war dir sehr wichtig. Du warst auch überall ein willkommener Gast. Das Jahr ging für dich also viel zu schnell vorüber. Im vergangenen Amtsjahr mit 7 Sitzungen (Vorjahr 8) geht ein eher ruhiges Sitzungsjahr zu Ende. Ohne grosse Wellen zu werfen wurde der Zweckverband ARA Neugut in eine Interkommunale Anstalt umgewandelt. Die Verordnung über die Abfallwirtschaft (Abfallverordnung) wurde mit einer Änderung angenommen und gleichzeitig ein Rahmenkredit von über einer Million Franken für Investitionen im Bereich Abfall genehmigt. Um an der Versteigerung eines Grundstückes im Hochbord teilnehmen zu können, hat der Gemeinderat den Stadtrat ermächtigt bis zu einem Maximalbetrag von 18 Millionen Franken mitzubieten. Den Zuschlag erhielt dann aber ein Generalunternehmer zum Betrag von 23 Millionen Franken. Aufgrund der neuen Kantonsverfassung musste für den Zweckverband der Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG) eine Statutenrevision vorgenommen werden, der ohne Gegenstimme zugestimmt wurde. Der Gemeinderat verabschiedete zudem zu Handen der Urnenabstimmung die Volksinitiative ‚Für eine bessere Kleinkinderbetreuung in Dübendorf‘ mit einem dreiteiligen Gegenvorschlag. Ein Höhepunkt jeder Ratspräsidentin oder jedes Ratspräsidenten ist jeweils der Gemeinderatsausflug. Das war auch im vergangenen Amtsjahr nicht anders. Lieber Patric, mit dem Besuch in deinem geliebten Gfenn hast du uns eine grosse Freude gemacht, denn bei herrlichem,



sonnigem Wetter wurde uns bewusst welchen Goldschatz wir in Dübendorf haben. Dass wir dann, nicht ganz unerwartet, auch noch einen eindrücklichen Besuch auf dem Flugplatz Dübendorf machen durften, war deinem grossen Engagement zu verdanken. Den Gemeinderatsmitgliedern und seinen Gästen wurde eine eindrückliche Helikoptervorführung dargeboten und als weiteren Höhepunkt empfing uns auch noch der Luftwaffenchef Korpskommandant Markus Gygax und beeindruckte die Zuhörerinnen und Zuhörer mit seinem bebilderten Referat. Als Abrundung des gelungenen Nachmittags trafen wir uns dann noch zum Apéro und Nachtessen im Restaurant Waldmannsburg und liessen es dort gemütlich ausklingen. Lieber Patric, ich habe es überall gehört, der Ratsausflug hat viel Spass und Freude gemacht. Zum Schluss danke ich dir im Namen deiner Ratskolleginnen und Ratskollegen, im Namen des Stadtrates und aller Dübendorferinnen und Dübendorfer für dein grosses Engagement im vergangen Amtsjahr und wünsche dir für deine weitere politische Arbeit viel Erfolg und Freude.“

12.1. Wahl des Präsidenten des Gemeinderates

Referent IFK Theo Johner (BDP):

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt den bisherigen 1. Vizepräsidenten Rolf Biggel (FDP) als Ratspräsident für das Amtsjahr 2011/12 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Gemeindeordnung Art. 17 werden Präsident und Vizepräsidenten in geheimer Abstimmung gewählt.

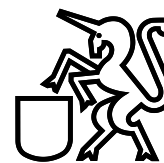
Wahl:

| | |
|----------------------------------|----|
| Zahl der Stimmberechtigten | 37 |
| Zahl der abgegebenen Stimmzettel | 37 |
| ./Leere Stimmen | 3 |
| ./Ungültige Stimmen | - |
| Massgebende Stimmenzahl | 34 |
| Absolutes Mehr | 18 |

Gewählt mit 34 Stimmen: Rolf Biggel (FDP)

Antrittsrede Rolf Biggel (FDP):

„Heute ist ein ganz grosser Tag in meinem politischen Leben. Der Gemeinderat hat mich zum neuen Ratspräsidenten gewählt. Dass mir das Amt des höchsten Dübendorfers für ein Jahr anvertraut wird, ist ein grosser Vertrauensbeweis, über den ich mich als gebürtiger Stadtzürcher sehr freue. Ich danke Ihnen liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen ganz herzlich für diese hohe Ehre und Auszeichnung. Mit in meinen Dank einschliessen möchte ich sie liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger. Erst Ihre Stimme bei den letzten Kommunalwahlen hat es ermöglicht, dass ich heute vorne auf dem ‚Bock‘, wie der Volksmund so schön sagt, sitzen darf. Ganz herzlichen Dank dafür. Meine ersten Berührungspunkte zu Dübendorf gehen auf das Jahr 1978 zurück, als ich als 22 jähriger an einem kalten Januarmorgen in die Offiziersschule an der Bettlistrasse einrücken durfte. Wenn man mir damals gesagt hätte, dass ich gut 30 Jahre später in dieser Stadt das höchste politische Amt bekleiden darf, hätte ich wohl ungläubig drein geschaut. Von Dübendorf kannte ich damals noch wenig, ausser vielleicht den Flughafen. Dies hat sich dann aber im Laufe der Zeit schlagartig geändert. Auf jeden Fall bin ich damals



noch nicht wirklich politisch interessiert gewesen, geschweige denn aktiv. Mitte der 80iger Jahre begann ich dann, mich politisch zu engagieren. Es war die Zeit, wo auf der Weltbühne der politische Umschwung mit der Wahl von Gorbatschow vermutlich noch unbewusst in die Wege geleitet worden ist. In der Schweiz übernahm Kurt Furgler das Bundespräsidium und als neueste nationale Errungenschaft hat man die Autobahnvignette eingeführt. Dübendorf zählte damals rund 20'000 Einwohner und man feierte gerade das Jubiläum 75 Jahre Flugplatz. Das waren noch Zeiten, ist man versucht zu sagen. Aber eigentlich wird man durch die Erinnerung an die Vergangenheit nicht weise, sondern wie es der ehemalige Nobelpreisträger George Bernard Shaw einmal sagt durch die Verantwortung für die Zukunft. Und da mangelt es uns im Moment wahrlich nicht an Herausforderungen. Persönlich interessierte mich seit je her vor allem die Lokalpolitik. Da spürt man noch die Bürgerin und den Bürger und ist ihnen am nächsten. Dies ist in Dübendorf zum Beispiel beim Politmarkt vor Wahlen im City-Center erlebbar, aber auch anderswo. So richtig bewusst ist mir das wieder einmal vor einer Woche geworden, als ich an die Landsgemeinde von Glarus eingeladen war. Direkte Demokratie in Reinkultur: Wahrlich eine einmalige Errungenschaft, der wir wirklich Sorge tragen müssen. Wer dabei sagt, man könne in der Politik eh nichts bewegen ist wohl definitiv auf dem Holzweg, wenn man das zitierte Beispiel anschaut. Wer hätte nämlich vor rund zwei Jahren gedacht, dass man einen Kanton so konsequent und zukunftsgerichtet neu ausrichten kann wie es eben die Glarnerinnen und Glarner mit ihrer Gemeindereform getan haben. Wirklich bemerkenswert. John F. Kennedy sagte einmal: Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst und damit brachte er auch unser Milizsystem auf den Punkt. Auch das ist eine einmalige Errungenschaft unseres Landes. Das erwähnte Zitat des ehemaligen amerikanischen Präsidenten begleitet mich seit meinen politischen Anfängen und ich weiss auch, Sie geschätzte Kolleginnen und Kollegen leben diesem Gedanken nach, sonst sässen Sie nämlich heute Abend nicht in diesem Saal. Es ist klar, dass man sich für ein so wichtiges politisches Amt wie ein Gemeinderatspräsidium auch Ziele setzt. Im Zentrum wird für mich immer der Wähler mit all seinen Sorgen und Nöten stehen. Für ihn haben wir uns Politiker mit all unserer Kraft einzusetzen und unsere persönlichen Befindlichkeiten sind dem unterzuordnen. Ziel Nr. 1 heisst für mich darum: Bürgernähe. Ich meine damit, dass wir immer ein offenes Ohr für die Bürgerinnen und Bürger haben müssen und dass wir kostengünstige und rasch umsetzbare Lösungen zu erarbeiten haben. ‚MMMM‘ oder ‚Man muss Menschen mögen‘ ist für mich deshalb keine Floskel, sondern ein klares Bekenntnis. Wer diese Eigenschaft nicht besitzt, ist als Politiker fehl am Platz. Ziel Nr. 2 lautet: Einfachheit der Sache. Das bayrische politische Urgestein Franz Josef Strauss sagte einmal: ‚Man muss einfach reden und kompliziert denken – und nicht umgekehrt.‘ Damit trifft er den Nagel wohl auf den Kopf. Es kann nicht sein, dass wir in Administration ersticken und laufend neue Gesetze machen, die unseren Alltag einschränken. Ich denke, weniger Bürokratie wäre manchmal etwas mehr. Ziel Nr. 3 heisst: Zusammenarbeit auf allen Ebenen und Stufen fördern. Probleme löst man bekanntlich immer noch am besten mit denen, die daran beteiligt sind. Hier denke ich an die parteipolitische Verantwortung und die Verarbeitung von Aufgaben. Es ist schlussendlich – und da rede ich aus 25 jähriger Erfahrung – nicht entscheidend, welches Parteibüchlein man auf sich trägt, sondern dass man gemeinsam nach Lösungen sucht und vermehrt auch wieder den gesunden Menschenverstand bemüht. Kompromisse zu schliessen gehört zu unserem Demokratieverständnis ebenso wie polarisierende Meinungen. Sie müssen sich aber immer an der realistischen Machbarkeit messen lassen. Vordergründiger Aktivismus mit politischen, von Parteilichem getriebenen Vorstössen, sind deshalb nicht immer zielführend und in der Regel auch nicht wirtschaftlich. Fördern wir also das direkte Gespräch untereinander und speziell die gute Zusammenarbeit mit der Dübendorfer Exekutive und der Dübendorfer Verwaltung. Ich bin sicher, das gibt viele bereichernde Erlebnisse und gute vertrauensvolle Erfahrungen. Meine Damen und Herren, Sie haben mir heute das Amt des höchsten Dübendorfers für ein Jahr anvertraut. Mein Vorgänger hat die Messlatte hoch angesetzt. Eine Aufgabe, vor der ich grossen Respekt und Achtung habe. Es wird nicht immer alles auf Anhieb gelingen. Der Mensch neigt dazu, die eine oder andere Schwäche zu haben. Gemeinsam wird es uns gelingen, die viertgrösste Stadt des Kantons Zürich in den kommenden Monaten verantwortungsbewusst weiter zu bringen. Ich freue mich auf jeden Fall auf eine gute Zusammenarbeit, auf ein spann-



endendes und interessantes Präsidialjahr 2011/12 und wünsche uns allen viel Kraft und Erfolg bei der Umsetzung unserer politischen Verantwortung.“

12.2. Wahl des 1. Vizepräsidenten des Gemeinderates

Referent IFK Theo Johner (BDP):

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt die bisherige 2. Vizepräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) als 1. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2011/12 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Gemeindeordnung Art. 17 werden Präsident und Vizepräsidenten in geheimer Abstimmung gewählt.

Wahl:

| | |
|----------------------------------|----|
| Zahl der Stimmberechtigten | 37 |
| Zahl der abgegebenen Stimmzettel | 37 |
| ./Leere Stimmen | 2 |
| ./Ungültige Stimmen | - |

| | |
|-------------------------|----|
| Massgebende Stimmenzahl | 35 |
| Absolutes Mehr | 18 |

| | |
|--------------------------|----|
| Stimmen erhielten: | |
| Stefanie Huber (GEU/glp) | 33 |
| Vereinzelte | 2 |

Gewählt mit 33 Stimmen: Stefanie Huber (GEU/glp)

12.3. Wahl des 2. Vizepräsidenten des Gemeinderates

Referent IFK Theo Johner (BDP):

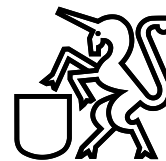
Die Interfraktionelle Konferenz schlägt die bisherige Stimmzählerin Barbara Schori (CVP) als 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2011/12 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Gemeindeordnung Art. 17 werden Präsident und Vizepräsidenten in geheimer Abstimmung gewählt.

Wahl:

| | |
|----------------------------------|----|
| Zahl der Stimmberechtigten | 37 |
| Zahl der abgegebenen Stimmzettel | 37 |
| ./Leere Stimmen | 10 |
| ./Ungültige Stimmen | - |



| | |
|-------------------------|----|
| Massgebende Stimmenzahl | 27 |
| Absolutes Mehr | 14 |

| | |
|----------------------|----|
| Stimmen erhielten: | |
| Barbara Schori (CVP) | 14 |
| Reto Heeb (CVP) | 8 |
| Vereinzelte | 5 |

Gewählt mit 14 Stimmen: Barbara Schori (CVP)

12.4. Wahl der drei Stimmenzähler

Referent IFK Theo Johner (BDP):

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt als Stimmenzähler vor:

- Jacqueline Hofer (SVP)
- Patrick Schnider (SP)
- Benedikt Stockmann (BDP)

Wahl:

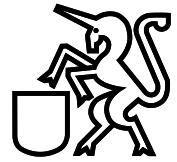
Gemäss Gemeindeordnung Art. 17 können die Stimmenzähler in offener Abstimmung gewählt werden. Gemäss Geschäftsordnung des Gemeinderates, Artikel 38, Ziffer 1 richtet sich das Verfahren bei Wahlen nach kantonalem Recht. Gemäss Geschäftsreglement des Kantonsrates § 43 werden die vorgeschlagenen Personen als gewählt erklärt, wenn nicht mehr Wahlvorschläge vorliegen als Sitze zu besetzen sind. Da zu den Vorschlägen der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) die vorgeschlagenen Jacqueline Hofer, Patrick Schnider und Benedikt Stockmann als gewählt.

Der Gemeinderatspräsident teilt mit, dass das Büro des Gemeinderates an der Sitzung vom 16. Mai 2011 darüber entscheiden wird, ob die nächste Gemeinderatssitzung am Montag, 6. Juni 2011 oder am Montag, 4. Juli 2011 stattfindet. Gemäss Art. 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird er im Anschluss an die Sitzung des Büros für die nächste Sitzung des Gemeinderates einladen. Gegen die Verhandlungsführung werden keine Einwände vorgebracht. Gemeinderatspräsident Rolf Biggel (FDP) schliesst die Gemeinderatssitzung mit der Einladung zum gemeinsamen Apéro im Foyer.

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

Für die Richtigkeit

Marcel Amhof
Gemeinderatssekretär



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patric Crivelli
Gemeinderatspräsident Amtsjahr 2010/11

Rolf Biggel
Gemeinderatspräsident Amtsjahr 2011/12

Barbara Schori
Stimmzählerin

Benedikt Stockmann
Stimmzähler

Jacqueline Hofer
Stimmzählerin